

parlament/hainburg

nationalrat 6 apa/23.1.

utl.: vp: vier misstrauensantraege - ein antrag auf untersuchungs-
ausschuss =++++

nach der erklärung des bundeskanzlers, zu der sich auch alle anderen regierungsmitglieder im parlament eingefunden hatten, eröffnete oevp-bundesparteiobmann dr. alois m o c k die debatte. die oevp wird im verlauf der mehrstuendigen diskussion insgesamt vier misstrauensantraege gegen den bundeskanzler, den vizekanzler, den innenminister und den landwirtschaftsminister einbringen. ausserdem wird sie - wie bereits angekuendigt - die einsetzung eines untersuchungsausschusses verlangen.

die erklärung des bundeskanzlers wertete mock als auflistung bekannter fakten. wer sich schonungslose offenheit und politische konsequenzen erwartet habe, muesse nun schwer enttaeuscht sein. fuer die oevp sei diese erklärung daher keineswegs zufriedenstellend. sinowatz habe sich in der ganzen angelegenheit wie ein "elefant im porzellanladen" benommen. er habe mit keinem wort die gefahr fuer den inneren frieden, die verletzten auf beiden seiten oder die bemuehungen des bundespraesidenten und der kirche erwaehnt. vor dem roedungsbeginn haette man entschaeidungsverfahren durchfuehren und eine sonderbewilligung einholen muessen. da dies nicht geschehen sei, sei die roedung rechtlich nicht gedeckt gewesen. der sozialistische landesrat brezovszky habe jedes feingefuehl vermissen lassen und ueberdies das misstrauen der bevoelkerung durch ueberheblichkeit und mangelnder diskussionsbereitschaft hervorgerufen. es sei mehr als fraglich, dass dieser bescheid vor gericht halten werde. brezovszky habe die partei vor den rechtsstaat gestellt. der landwirtschaftsminister sei mit seinem uebereilten wasserrechtlichen bescheid bereits vom verwaltungsgerichtshof in die schranken gewiesen worden. sinowatz haette daraus politische konsequenzen ziehen muessen. auch bei dem "verhaengnisvollen einsatzbefehl" fuer die exekutive durch den innenminister sei die rechtliche ausgangssposition nicht ausreichend gewesen. blecha habe es verabsaeumt, alle moeglichkeiten einer firedlichen beilegung des konfliktes auszuschoeffen. deshalb sei auch die behauptung des bundeskanzlers nicht haltbar, dass die regierung einen oesterreichischen weg gewaehlt habe. (forts.) sa/hoe